

## **GSP.F-01-154** Kapitel 3: Fortschritt gestalten

Antragsteller\*in: KV Garmisch-Partenkirchen  
Beschlussdatum: 01.10.2020

### Änderungsantrag zu GSPF-01

#### **Von Zeile 153 bis 155 einfügen:**

finanziert werden. Das umfasst die stärkere Förderung offener Hard- und Software sowie offener Standards und deren bevorzugten Einsatz in Bildung und Verwaltung sowie im Austausch mit Bürger\*innen und Unternehmen. Dem Gedanken der Demokratie widersprechen Akkumulationen von Märkten, aus denen weltweit agierende Konzerne hervorgehen, die mächtiger sind als Staaten.

#### **Begründung**

Deutschland bremst bis heute den Einsatz offener Hard- und Software und die Durchsetzung offener IT-Standards. Die Bundesverwaltung ist abhängig von Microsoft, stellte die Unternehmensberatung EY im Auftrag des Bundesinnenministeriums 2019 fest. Die ARD-Doku "Das Microsoft-Dilemma" vom Februar 2018 zeigte dies auch für Europa ([https://programm.ard.de/TV/daserste/das-microsoft-dilemma/eid\\_28106504116395](https://programm.ard.de/TV/daserste/das-microsoft-dilemma/eid_28106504116395)). Weltweit werden der Suchmaschinen- und Browsermarkt von Google, die „sozialen Netzwerke“ von Facebook, der Onlinehandel von Amazon, das Cloud Computing von Amazon, Google und Microsoft dominiert. Hardware (Server, Laptops, Smartphones, etc.) wird praktisch ausschließlich in Fernost gefertigt. Für deutsche und europäische IT-Startups fehlen europäische Möglichkeiten, ohne große Kosten mit der Umsetzung ihrer Ideen loslegen zu können. Das gilt erst recht für gemeinwohlorientierte Ideen, die mangels Gewinnerorientierung ohne Risikokapitalgeber auskommen müssen. Kostenlose Plattformen für Open-Source-Projekte gibt es zwar bereits, allerdings nicht im europäischen Umfeld. Die bekanntests Plattform "GitHub" gehört dem US-Konzern Microsoft. Jira, Confluence und BitBucket gehören dem australischen Konzern Atlassian. Weitverbreitete Videokonferenzsysteme wie Zoom oder Kommunikationswerkzeuge wie Slack gehören US-Unternehmen. Darauf aufsetzende IT-Projekte sind von der Produktpolitik und der strategischen Ausrichtung dieser Konzerne abhängig. Die Verletzung europäischer Vorstellungen von Datenschutz ist die Regel. Die öffentliche Verwaltung muss gemeinwohlorientiert handeln und sollte daher auch soweit wie möglich mit gemeinwohlorientierten Standards, Hard- und Software arbeiten. Schulen und Hochschulen sollten unsere Kinder, Jugendliche und junge Erwachsenen nicht auf die Vorstellungen und Angebote marktbeherrschender Konzerne ausrichten, sondern ihnen die Vielfalt der Möglichkeiten aufzeigen, sie bei der praktischen Nutzung unterstützen und auch die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Hintergründe beleuchten.